

An:

Regierender Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth

Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Joe Chialo
Staatssekretärin für Kultur, Sarah Wedl-Wilson

Bürgermeister und Senator für Finanzen, Stefan Evers

Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Christian Gaebler.

Kulturpolitische Sprecher*innen

CDU, Robin Juhnke

SPD, Melanie Kühnemann Grunow

Bündnis 90/Die Grünen, Daniela Billig, Daniel Wesner

Die Linke, Manuela Schmidt

Stadtpolitische Sprecher:innen

CDU, Christian Gräff

SPD, Mathias Schulz

Bündnis 90/Die Grünen, Julian Schwarze

Die Linke, Katalin Gennburg

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH:

- Aufsichtsratsvorsitzender Staatssekretär Wolfgang Schyrocki, Senatsverwaltung für
Finanzen, Berlin

- Geschäftsführung Birgit Möhring

Zur Kenntnis:

Mitglieder des Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

Mitglieder des Hauptausschusses

Mitglieder Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bezirksbürgermeisterin im Bezirksamt Mitte von Berlin, Stefanie Remlinger

Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und Facility
Management

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister von Berlin Wegner
Sehr geehrte Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Roth
Sehr geehrter Herr Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Chialo
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin für Kultur Wedl-Wilson

Sehr geehrter Herr Bürgermeister und Senator für Finanzen Evers

Sehr geehrter Herr Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Gaebler.

Sehr geehrter Herr Juhnke
Sehr geehrte Frau Kühnemann Grunow
Sehr geehrte Frau Billig,
Sehr geehrter Herr Wesner
Sehr geehrte Frau Schmidt

Sehr geehrter Herr Gräff
Sehr geehrter Herr Schulz
Sehr geehrter Herr Schwarze
Sehr geehrte Frau Gennburg

Sehr geehrter Herr Aufsichtsratsvorsitzender und Staatssekretär Schyrocki, Sehr geehrte Frau Möhring

Öffentlicher Brief

Moratorium für die Alte Münze – jetzt!

Die Alte Münze, landeseigene Liegenschaft und Ort für Kunst und Kultur, droht mitsamt Steuergeldern in Millionenhöhe in einer intransparenten Entscheidung und unter Umgehung öffentlicher Kontrolle an eine private GmbH vergeben zu werden. Wir fordern ein Moratorium aller Vertragsverhandlungen, bis ein transparenter und öffentlicher Prozess für die Vergabe etabliert ist.

Kunst und Kultur brauchen Raum für Produktion und Präsentation - das hat die Berliner Politik 2011 erkannt.

In zentraler Spreelage, gegenüber dem Roten Rathaus stehen **15.500 Quadratmeter Gebäudefläche** bereit, die dem Land Berlin gehören und seit 2018 per Abgeordnetenhausbeschluss zur kulturellen Nutzung vorgesehen sind: Die ehemalige Münzprägeanstalt in Berlin Mitte - Alte Münze. Sie soll transparent, wirtschaftlich und partizipativ zum Kulturstandort entwickelt werden.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und des Parlaments soll die bereits fast 10-jährige Phase der Zwischennutzung durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen in eine langfristige Generalvermietung des gesamten Areals unter der Hand überführt werden.

Bekannt wurde dies u.a. durch den [Bericht im Tagesspiegel vom 11.02.2024](#). In der Kulturausschusssitzung am folgenden Tag erscheint der Senator nicht und seine Staatssekretärin schweigt auf Nachfrage zur Sache. Die bisher am Entwicklungsprozess beteiligten Akteure der Freien Szene sowie andere Interessengruppen im Bereich der Stadtentwicklungspolitik fordern einen verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit der landeseigenen Liegenschaft und den öffentlichen Geldern.

Im Kulturausschuss wird der Tagesordnungspunkt *Alte Münze* erneut vertagt - auf die übernächste Sitzung. **Auf keinen Fall dürfen in der Zwischenzeit intransparente Entscheidungen im Hintergrund getroffen werden.**

Es sollen nun also Nutzungsrechte im erheblichen wirtschaftlichen Umfang mit öffentlich nicht bekannten Auflagen für 30 Jahre vergeben werden, wo bislang ein gemeinwohlorientierter Kulturort geplant war. Dass dies ohne jede parlamentarische Kontrolle und im Widerspruch zu Ergebnissen des Beteiligungsprozesses geschieht, ist ein Skandal. Würde es doch außerdem bedeuten, dass die notwendigen Sanierungen der Liegenschaft (Steuergelder in zweistelliger Millionenhöhe) als indirekte Wirtschaftsförderung an ein Privatunternehmen fließt, statt direkt in die Bereitstellung von dringend benötigten Kulturräumen in Verwaltung durch einen öffentlichen Träger. Vor Abschluss jedweder Vereinbarung muss daher eine transparente, öffentliche Debatte und Evaluation des wirtschaftlichen Potenzials des Gebäudekomplex stehen. Außerdem muss die gemeinwohlorientierte kulturelle Nutzung im Sinne der Allgemeinheit durch die vertraglichen Vereinbarungen gesichert werden.

Eine Fortsetzung der langfristigen Planung für den Standort ist zweifellos weiterhin dringend notwendig und sinnvoll. Jegliche Form der „Unter-der-Hand- Vergabe“ stellt jedoch einen eklatanten Verstoß gegen die Prinzipien einer transparenten (Liegenschafts-)Politik dar und untergräbt demokratische Grundwerte. Landeseigene Immobilien müssen unabhängig von der aktuellen Haushaltslage in enger Abstimmung mit allen Interessensgruppen entwickelt werden, um nachhaltige und durch demokratische Organe kontrollierbare Nutzungsszenarien sicherzustellen.

In der Liegenschaftspolitik riskiert die aktuelle Berliner Regierungskoalition die schwerwiegenden Fehler der 1990er- und 2000er-Jahre zu wiederholen, als der öffentliche Immobilienbesitz im Ausverkauf der Stadt rücksichtslos privatisiert wurde. Die unterzeichnenden Vertreter:innen der Berliner Kunst und Kultur, die Zivilgesellschaft sowie das Parlament verfolgen die Entwicklung des Standorts Alte Münze ebenso wie die aktuellen Zwischennutzer*innen seit über einem Jahrzehnt mit großer Begeisterung: Die Umwandlung des Areals in ein Kulturzentrum im Herzen der

Stadt wäre ein bedeutendes Bekenntnis Berlins als Kulturmetropole und ein Bekenntnis zu einer transparenten und öffentlichen Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik.

Wir fordern daher entschieden: Ein Moratorium für die Alte Münze – jetzt! – bis Öffentlichkeit und Transparenz wieder hergestellt ist. Erst dann können wir weiter im Interesse des Gemeinwohls gemeinsam Entscheidungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

AfA – Aktiv für Architektur
AG Alte Münze Koalition der Freien Szene
Architects for Future Ortsgruppe Berlin
ARCH+
bbk Berlin
Bündnis Klimastadt Berlin 2030
DJU - Deutsche Jazz Union
IG Jazz Berlin
Initiative StadtNeudenken
Koalition der Freien Szene
KuPoGe Berlin-Brandenburg
Laft Berlin
Rat für die Künste
Stadt Neudenken